

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

24.4.1928 (No. 96)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlicher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. u. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 50% Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Wahlleiter für die Reichstagswahlen

Reichswahlleiter für die Wahl am 20. Mai 1928 ist der Präsident des Statistischen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, sein Stellvertreter der Direktor im Statistischen Reichsamt, Geh. Regierungsrat Weisinger. Die Anschrift des Reichswahlleiters lautet: Reichswahlleiter, Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194. Fernruf: Amt Bismarck 7313, Drahtanschrift: Reichswahlleiter Berlin W 15.

Verbandswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden ist Ministerialrat Dr. Kiefer, sein Stellvertreter Regierungsrat Dr. Feber, beide im Württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart.

Kreiswahlleiter für den 32. Wahlkreis (Baden) ist Oberregierungsrat Pfisterer, sein Stellvertreter Regierungsrat Walz, beide im Ministerium des Innern in Karlsruhe.

Die Anschrift des Kreiswahlleiters lautet: Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises (Baden) im Ministerium des Innern in Karlsruhe.

### Überwachungsausschuss und Reichsinnenminister

M. Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der sogenannte Überwachungsausschuss, ist für heute, Dienstag nachmittag 5 Uhr, einberufen, zur Beratung über das Ergehen des Reichsministers des Innern an die Länderregierungen, ein Verbot des Rotfrontkämpferbundes zu erlassen. Die Kommunisten haben dazu einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung aufgefordert werden soll, das Ergehen des Reichsinnenministeriums mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben.

Die heutige Sitzung dürfte lediglich demonstrativen Charakter haben, da dem Ausschuss jede verfassungsmäßige Möglichkeit fehlt, eine Aufhebung des Verbots oder den Rücktritt des Ministers zu erzwingen, obwohl eine Einheitsfront fast sämtlicher deutscher Länder und fast sämtlicher Parteien vorhanden ist. Die Reichsjustiz wird auf Anordnung des Kanzlers, wie mit Bestimmtheit verlautet, nicht vertreten sein. Auch Herr von Reubell dürfte wegbreien, da er, wie es heißt, mit Zuversicht auf das Urteil des Staatsgerichtshofs in seinem Sinne rechnet und man im Reichsinnenministerium annimmt, daß dieses Urteil innerhalb von 10—12 Tagen ergehen wird.

Zu dem Zusammentreten des Ausschusses bemerkt die „Zagl. Rundschau“ u. a.: Die verfassungsmäßige Befugnis dieses Ausschusses gehört zu den schwierigen Fragen der Verfassungslegung. Im Jahre 1927 ist ein Gutachten darüber erlattet worden, dem der Reichskanzler Guno und sämtliche Minister zugestimmt haben. Danach ist es möglich, daß der Ausschuss von sich aus zusammentritt, oder auch seine Einberufung von der Regierung veranlaßt wird. Was den ersten Fall anbelangt, so ist großes Gewicht darauf zu legen, daß der Ausschuss von der Verfassung zur Wahrung, nicht aber zur Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretung beauftragt ist. Er kann also nicht etwa an die Stelle des Parlaments sich setzen, sondern er kann nur eingreifen, wenn ein Einverständnis der Volksvertretung vorliegt. Im vorliegenden Falle ist ein Parlamentsrecht durch den Reichsinnenminister sicher nicht verletzt worden. Wie man auch über den Schritt des Ministers von Reubell denken mag, so steht doch fest, daß der Reichsinnenminister im Bereiche der Exekutive geblieben ist und im Rahmen seiner Resortrechte gehandelt hat. Es entsteht also von vornherein die Frage, ob der Untersuchungsausschuss das Recht hat, den Reichsinnenminister zur Rechenschaft zu ziehen. Man muß abwarten, was von dem Ausschuss unternommen wird. Sollte das Geschehen um Auskunftserteilung an den Reichsinnenminister gerichtet werden, so würde der Minister von Reubell zu entscheiden haben, wie er sich dazu verhalten will.

Nach dem Standpunkte, den er bisher vertreten hat, läßt sich voraussehen, daß er ein Eingriffsrecht des Untersuchungsausschusses nicht anerkennen wird. Es erhebt sich weiter die Frage, ob der Überwachungsausschuss etwa ein Misstrauensvotum beschließen kann. Diese Frage muß verneint werden, da ihm ein derartiges Parlamentsrecht durch die Verfassung nicht übertragen worden ist. Faßt der Ausschuss eine Entscheidung, so ist das Kabinett oder ein einzelner Minister nicht verpflichtet, sich nach dieser Willensäußerung zu richten.

Reichsverband der deutschen Industrie und Reichsweheministerium. Behauptungen Berliner Blätter, daß beim Reichsverband der deutschen Industrie ein Fonds bestünde, der aus den Überpreisen der Lieferungen an die Seeresverwaltung geflossen und dem Reichsweheministerium zur Verfügung gestellt würde, wird vom Reichsverband als unwahr bezeichnet. Keine solche Vereinbarungen irgendwelcher Art existieren.

### Letzte Nachrichten

#### Ein deutsch-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag

WTB. Paris, 24. April. (Tel.) Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, ist gestern angekündigt worden, daß Staatssekretär Kellogg und der deutsche Botschafter v. Prittwitz und Gaffron in einigen Tagen einen deutsch-amerikanischen Schiedsgerichts- und Ausgleichsvertrag unterzeichnen werden. Der schiedsgerichtliche Teil sei dem zwischen den Vereinigten Staaten und Italien abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrag ähnlich, der Ausgleichsvertrag gleiche dem Bryan'schen Vertrag von 1914.

#### Zur Anwesenheit Lord Birkenheads in Berlin

M. Berlin, 23. April. (Priv.-Tel.) Zu Erörterungen englischer Blätter über den Besuch Lord Birkenheads in Berlin und angeblich dabei statgefundene antirussische Besprechungen erfahren wir an zuständiger Stelle, daß mit irgendeiner amtlichen Persönlichkeit Deutschlands über solche Fragen nicht gesprochen worden ist.

#### Ein deutscher Präsident der persischen Staatsbank

M. Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Der deutsche Bankdirektor Lindenblatt, der bisher in Sofia tätig war, ist zum Präsidenten der persischen Staatsbank ernannt worden.

#### Zum Fall Hölz

WTB. Berlin, 24. April. (Tel.) Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die Strafkammer Ien Halle (Saale) entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft den Arbeiter Erich Hriehe von der Anschuldigung des (gemeinschaftlich mit anderen begangenen) Totschlags an dem Gutsbesitzer Heß aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt, weil die Angaben des Angeklagten Hriehe über seine Beteiligung an der Erschießung des Heß durch die Voruntersuchung in so vielen wesentlichen Punkten widerlegt worden seien, daß ein hinreichender Tatverdacht nicht vorliege. Ob die Ergebnisse der Voruntersuchung gegen Hriehe für das Wiederaufnahmeverfahren in der Strafsache gegen Hölz, die zur Zuständigkeit des Reiches gehört, von Bedeutung sein können, unterliegt nicht der Prüfung der preussischen Justizbehörden.

#### Die kommunistische Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien

WTB. Katowitz, 24. April. (Tel.) Die kommunistischen Verhaftungen in Oberschlesien sowie in dem benachbarten Dombrowaer Kohlenrevier nehmen einen ausnehmend großen Umfang an. In Sosnowice wurden 52 Personen verhaftet. Verhaftungen von Kommunisten erfolgen, nachdem die kommunistischen Parteien in Oberschlesien als illegal erklärt wurden, gewöhnlich jedesmal vor dem 1. Mai. Es sieht jedoch so aus, als wenn diesmal eine ausgeprägte Generalaktion gegen Kommunisten eingeleitet würde, was zum Teil auf den starken kommunistischen Stimmengewinn bei den letzten Sejm- und Senatswahlen zurückzuführen sein dürfte.

#### Ein Warschauer Spitzelprozeß

Warschau, 24. April. (Tel.) Gestern begann hier ein Prozeß gegen einige Einbrecher, die feinerzeit einen 23 m langen unterirdischen Stollen, der bis zur Hauptkassette der Grayschen Anstalt führen sollte, gegraben hatten. Der Einbruch, der für den Sommer v. J. geplant war, wurde noch rechtzeitig von der Polizei vereitelt. — Bei der gestrigen Eröffnung des Prozesses erregte es das größte Aufsehen, als ein Verteidiger feststellte, daß der Hauptschuldige, ein gewisser Jawadski, nicht vorgeführt worden sei. Das böte feinerzeit Schwierigkeiten, da doch der Genannte unter dem Namen Wyszynski als einer der Belastungszeugen im großen Wilsnaer Prozeß der Polen gegen die wehrwärtige Gromada aufträte. Der Einbrecher Jawadski, alias Wyszynski, sei übrigens von Beruf Agent der Kriminalpolizei.

#### Die 100-Millionen-Dollaranleihe für Österreich

New York, 24. April. (Tel.) Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington nahm das Repräsentantenhaus den Bericht des Budgetausschusses über die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der 100 Millionen-Dollaranleihe für Österreich entgegen, die vom Präsidenten Coolidge und Staatssekretär Kellogg empfohlen wird.

Großadmiral von Tirpitz ist, wie die deutschnationale Pressestelle mitteilt, zum Ehrenvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei ernannt worden.

Schlagerer in einer Wahlversammlung. In einer in Langendreer abgehaltenen sozialdemokratischen Wahlversammlung kam es zu einer Schlagerer, in deren Verlauf eine Anzahl Personen verletzt wurde. Unter den Verletzten befinden sich 13 Nationalsozialisten, die aus Bochum nach Langendreer gekommen waren. Sechs von ihnen haben schwere Verletzungen davongetragen. Außerdem wurde ein Versammlungsteilnehmer durch ein Bieredel am Kopfe verletzt.

### \* Die französischen Wahlen

Über die französischen Wahlen läßt sich abschließend heute noch nichts sagen, da in nicht weniger als 428 Wahlkreisen Stichwahl stattgefunden hat. 612 Wahlkreise gibt es. Es muß also in mehr als zwei Drittel der Wahlkreise neu gewählt werden. Die Stichwahl findet kommenden Sonntag statt. Erst, wenn sie vorüber ist, wird man sich ein Urteil über das politische Ergebnis erlauben können.

Zunehmend fordern die endgültigen Wahlergebnisse des vorgestrigen Sonntags zu einigen Bemerkungen heraus. Zunächst ist festzustellen, daß die Linksparteien beim ersten Ansturm den Sieg nicht erringen konnten, mit dem sie gerechnet haben. Der „Rud nach links“ ist ausgeblieben. Dagegen hatte die Parteigruppe der Rechtsrepublikaner (Gruppe Marin) schon im ersten Wahlgang recht ansehnliche Erfolge zu verzeichnen.

Poincaré wird im ganzen mit dem vorgestrigen Resultat zufrieden sein können, zumal die Parteien, die ihn bekämpfen, Sozialisten und Kommunisten, auffallend schlecht abgeschnitten haben. Ihm kann es schließlich gleichgültig sein, wie sich die Mandate unter den Parteien, mit denen er bisher regierte, verteilen. Die Hauptsache ist, daß diese Parteien die Mehrheit behalten. Und die Erwartung, daß solches geschieht, wird auch durch das Ergebnis der Stichwahlen nicht getrübt werden. Etwas anderes wäre es, wenn die bürgerliche Linke ihre Mandate auf Kosten der Rechten stark vermehrt hätte. Dann könnte der Linksblock wieder errichtet werden. Ob dazu Lust bestände, das ist jedoch eine andere Frage.

In Frankreich sind die Parteien bekanntlich lang nicht so fest organisiert, wie in Deutschland oder in England. Sie bilden recht lockere Gemeinschaften. Und meist ist es die Persönlichkeit des Führers, welche so eine Gemeinschaft oder Gruppe zusammenhält. Man wird demnach nicht nur das Resultat der Stichwahlen selbst, sondern auch die Konstituierung der einzelnen Parteigruppen abwarten müssen, bevor man sich ein Urteil über die Machtverteilung unter den Parteien bildet. Wahrscheinlich wird überhaupt erst die erste Abstimmung in der Kammer zeigen, wie die Mehrheitsverhältnisse genau aussehen. Niemand zweifelt daran, daß Poincaré auch weiterhin der beherrschende Staatsmann Frankreichs bleiben wird. Briand ist sehr schwer erkrankt, und man weiß nicht, ob er die Krankheit übersteht wird. Möglicherweise wird also das neu zu bildende Kabinett sowieso einen neuen Außenminister erhalten müssen.

Die Persönlichkeit des Kandidaten hat in diesem Wahlkampf, der nach den Vorschriften des neuen Wahlgesezes stattfand, eine besonders große Rolle gespielt. Die Wähler haben nicht so sehr nach Parteiprogrammen, als nach dem Maß von Sympathie und Antipathie abgestimmt, welches sie den Kandidaten entgegenbrachten. Das ist aber wiederum ein neues Moment, welches das Urteil über die politische Bedeutung der Wahlen erschwert. Zweifellos haben innerpolitische und lokalpolitische Gesichtspunkte diesmal bei den Wahlen sehr stark mitgesprochen. Das ergibt man u. a. auch aus dem Ergebnis der Wahlen in Elsaß-Lothringen. Die Autonomisten haben Erfolge errungen, die stellenweise geradezu verblüffend sind und mit Recht in den Kreisen der französischen Regierung Besorgnisse herborrufen.

Die auswärtige Politik hat auf die Wahlen wenig eingewirkt. Die große Mehrheit des französischen Volkes ist sich darüber einig, daß die Politik der Versöhnung, die Locarnopolitik, fortgeführt werden muß. Und Poincaré selbst hat sich ja vor der Wahl zum Vertreter dieser Anschauung gemacht. Allerdings ist das, was die Mehrheit des französischen Volkes unter „Locarnopolitik“ versteht, nicht ganz vereinbar mit dem, was wir darunter verstehen. Dennoch ist es als ein Fortschritt zu begrüßen, daß die Politik der Brutalisierung heute keinen Boden mehr in Frankreich hat. Und die Wahlen werden an dieser Tatsache nichts ändern.

Bei der Stichwahl am nächsten Sonntag wird es sehr darauf ankommen, wie sich die Minoritäten der Parteien, die in den betreffenden Wahlkreisen keine Aussicht auf Erfolg haben, entscheiden. Wie wird die bürgerliche Linke stimmen, wenn sie zwischen einem Rechtskandidaten und einem Sozialisten oder Kommunisten zu entscheiden hat, und wie werden sich die Sozialisten bzw. Kommunisten bei der Stichwahl verhalten?



# Politische Neuigkeiten

## Der Reichswirtschaftsrat zur Weltwirtschaftskonferenz

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates haben der Regierung ihr Gutachten zum Schlussbericht der Weltwirtschaftskonferenz erstattet. Das Gutachten begrüßt die Zustimmung der Reichsregierung zu dem Gesamtbericht der Weltwirtschaftskonferenz. Er stimmt nachdrücklich den Schlussfolgerungen der Konferenz zu, insbesondere der, daß, abgesehen von den natürlichen Folgen des Krieges, das Grundübel in dem überprotektionismus der Nachkriegszeit zu erblicken sei und daß größere Freiheit im Warenverkehr und ausgedehntere internationale Arbeitsteilung das wichtigste Mittel seien, um die Schwierigkeiten zu mildern.

Das Gutachten prüft dann die Lage Deutschlands im besonderen u. stellt fest, daß die Vereinnahmung von Auslandskapital nicht künstlich abgelehnt werden dürfe. Der Nationalisierung der Wirtschaft müsse eine Nationalisierung der öffentlichen Verwaltung folgen. Statt einer für Deutschland unmöglichen Autarkie-Politik müßte eine den Export fördernde Wirtschaftspolitik getrieben werden; vor allem auch eine Handelspolitik, die Zollbefreiungen vermeidet und bei Positionen, bei denen nach der Erhöhung von 1925 eine Herabsetzung durch Verträge bisher nicht erfolgt ist, autonome Zollherabsetzungen vornimmt.

## Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Ruhrbergbau

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch im Ruhrkohlenbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt, da er sich offenbar von weiteren Verhandlungen mit den beiden Parteien nach den Erfahrungen der letzten Tage doch keinen Erfolg mehr verspricht. Die Verbindlichkeitsklärung wurde trotz aller entgegenstehenden Bedenken ausgesprochen, weil andernfalls für den 1. Mai mit dem Ausbruch eines Arbeitstempes von bisher kaum erlebten Dimensionen zu rechnen gewesen wäre.

Daraufhin hat das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat beim Reichswirtschaftsministerium zum 1. Mai d. J. eine Kohlenpreiserhöhung beantragt. Als Begründung wird die durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches wesentliche veränderte Selbstkostenlage der Bechen angegeben. Die für die Beratung des Antrages zuständige Sitzung des Reichskohlenrates und Reichskohlenverbandes findet am 2. Mai statt. Aber das Ausmaß der Erhöhung und über sonstige durch die neue Lage veranlaßte Maßnahmen soll inzwischen im Kreise des Syndikats beraten werden.

Zu dem Antrag, zum 1. Mai eine Kohlenpreiserhöhung vorzunehmen, erklärt die „Germania“: So weit sich schon jetzt etwas Bestimmtes sagen läßt, wird die Preiserhöhung 80-85 Pf. betragen. Der bisherige Grundkohlenpreis war etwa 14,60 M. Es dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß das Reichswirtschaftsministerium auch diesmal wieder von seinem Vetorecht Gebrauch macht. Mit der einfachen Preiserhöhung dürfte jedoch die Situation nicht geklärt sein. Die Stilllegungsbewegung wird zunächst bei den Lagerkohlen zugehen ihren Fortgang nehmen. Man spricht von 50-60 000 Bergarbeitern, die in der nächsten Zeit von der Stilllegungsaktion betroffen werden.

In der „Tägl. Rundschau“ heißt es: Da 40 Proz. des Ruhrkohlenabfahres in das sogen. unstrittene Gebiet gehen, wo eine Kohlenpreiserhöhung schlechterdings nicht angewandt werden kann, wird auch eine Kohlenpreiserhöhung nicht ausreichen, um die Belastung durch den Schiedspruch wegzumachen. Das Ruhrkohlenyndikat wird infolgedessen diejenigen Feuerungen nach den unstrittigen Gebieten, die nicht auf langfristige Verträge erfolgen, einstellen. Die entsprechende Einschränkung der Produktion kann zunächst nur durch Feierschichten erzielt werden. Man rechnet vorübergehend mit voraussichtlich zwei Feierschichten im Monat. Da es aber unwirtschaftlich ist, auf die Dauer mit Feierschichten zu arbeiten, wird zweifellos bald an die Stelle der Feierschichten eine Belegschaftsverminderung treten. Man rechnet damit, daß die Arbeiterkraft in absehbarer Zeit um 50-80 000 Mann vermindert werden muß.

## Erdbeben in Griechenland

ATH. Athen, 23. April. Die Gegend von Korinth ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. In der Stadt Korinth sind fast alle Häuser zerstört, nur die neueren Häuser haben dem Beben standgehalten, aber auch diese sind schwer beschädigt. Die Bevölkerung mußte die ganze Nacht unter freiem Himmel verbringen. Das Armenhaus ist vollständig zerstört. Die Stadt ist ohne Licht. Es sollen 20 Personen getötet worden sein. In idmmer Erdstoß wurde auch in Atraktion wahrgenommen. Ein Kalamari stürzte 50 Häuser ein. In Athen wurden zahlreiche Häuser beschädigt.

Aus Athen werden noch folgende Einzelheiten über das Erdbeben in Korinth berichtet: Die Stadt hat das Aussehen eines neuen Pompeji. Auch das antike Korinth ist sehr beschädigt. Eine Anzahl antiker Bauten ist zerstört worden. In der Stadt Korinth und in den umliegenden Dörfern sind etwa 80 Proz. aller Häuser zerstört. Über 10 000 Menschen sind obdachlos geworden. Bisher werden aus Korinth allein 20 Tote und 70 Verwundete gemeldet. Der erste Erdstoß war um 22,15 Uhr und dauerte 5 Sekunden. Durch diesen Erdstoß wurde das Elektrizitätswerk Korinths zerstört, so daß die ganze Stadt im Dunkeln liegt. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine unschreibliche Panik. Auf den ersten Erdstoß folgten etwa 20 weniger heftige. Das Erdbeben ist tektonischer Natur.

Der Sonderberichterstatter des Blattes „Ethnos“ meldet, daß in Korinth 2500 Häuser unbewohnbar geworden sind. Korinth und Sena bieten ein furchtbares Bild. Die Zahl der Opfer wäre noch größer, wenn nicht durch die vorhergehenden Erdstöße die Bevölkerung alarmiert worden wäre und die Häuser verlassen hätte, um Schutz zu suchen. Die Stadt sieht wie ein Friedhof aus. Auf den Straßen liegen überall Schutt- und Trümmerhaufen von Häusern, und zwischen den Ruinen der einzelnen Häuser geben einzelne Personen wie Gespenster umher. Alle Wärdereien der Stadt sind zerstört, so daß die Gefahr einer Hungersnot droht. Aus Athen wurden 20 000 Kilo Brot zur ersten Hilfe abgesandt. Der größte Teil der Bevölkerung von Korinth kampiert unter freiem Himmel.

Zum Befinden Briands. Im letzten Bulletin über das Befinden Briands heißt es, daß der Krankheitszustand stationär ist, keine organische Komplikationen eingetreten sind, daß aber die Fiebertemperatur anhält.

## Verschiedenes

Ankunft des Nord-Flugzeuges in Greenly Island. Die Canadian Press aus Greenly Island meldet, ist das Dreimotoren-Nord-Flugzeug, das die Reserveteile und Brennstoffvorräte für die „Bremen“ an Bord hat, heute um 11.40 Uhr östlicher amerikanischer Normalzeit dort eingetroffen. Der irische Begleiter Köhls und Grünsfelds, Fitzmaurice, ist damit wieder in Greenly Island.

## Die französischen Wahlen

Das vorläufige Ergebnis der Hauptwahlen. Es liegen nunmehr sämtliche Wahlergebnisse bis auf eines vor. Hieraus ergibt sich, daß 183 Sitze endgültig vergeben sind, die sich auf folgende Parteien verteilen: Rechtsstehende 13, Rechtsrepublikaner (Marin und Maginot) 72, Linksrepublikaner 42, Radikale Linke (Loucheur) 15, Radikale 2, Sozialrepublikaner (Painlevé) 5, Sozialisten 15, zusammen 183.

Nach Berufen gezählt sind von den 183 Gewählten 51 Advokaten, 38 Grundbesitzer, 14 Industrielle, 12 Ärzte, 11 Professoren und Lehrer, 16 Journalisten, 5 Kaufleute, 5 Landwirte, 5 Richter, 4 Ingenieure, 4 Apotheker, 5 Handelsangestellte, 3 Offiziere, 3 Arbeiter, 3 Notare, 2 Geistliche, 1 Tierarzt, 1 Diplomat. 51 Abgeordnete sind neu gewählt, 132 wieder gewählt.

## Die kommenden Stichwahlen

Da die Hauptwahlen nur für über ein Viertel der Wahlkreise die Entscheidung brachten, liegt das Hauptgewicht bei den Stichwahlen am kommenden Sonntag. Erst 183 von 612 Sitzen sind vergeben, und es geht nun um die Entscheidung in 429 Wahlkreisen. Es handelt sich jetzt darum, wie die Parteien im einzelnen zusammengehen werden. Deshalb lassen sich Voraussagen über das Gesamtergebnis noch nicht machen, zumal in Frankreich aus Bündnissen bei den Wahlen nicht auf die kommenden parlamentarischen Bündnisse geschlossen werden kann.

Die einzelnen Parteien beginnen jetzt mit Verhandlungen über die Stichwahlkompromisse. In einigen Wahlkreisen haben die Radikalen und die Sozialisten beschlossen, ihre weniger aussichtsreichen Kandidaten für den zweiten Wahlgang zugunsten der begünstigteren Kandidaten der anderen Partei gegenseitig zurückzugeben. Folgende Drahtung gibt die jetzige Situation wieder:

M. Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Für die französischen Wahlen wird in ernsthaften Pariser politischen Kreisen folgende Rechnung auf Grund des bisherigen Ergebnisses aufgestellt: Die Mitte und die Rechte, soweit sie zum Bloc Poincaré gehören, also der jetzigen Regierung entsprechen, werden ungefähr 320 Mandate erhalten. Die Radikalsocialisten und die republikanischen Sozialisten, die gleichfalls in der Regierung Poincaré vertreten sind, 170 Mandate, die Sozialisten 90 Mandate (sie werden also geschwächt), die Kommunisten 16, und die äußerste Rechte gleichfalls 16 Mandate. Bis jetzt hat sich noch nicht mit Sicherheit feststellen lassen, wieweit der Gebanke einer Linkskoalition durchgeführt wird. Die Kommunisten haben nicht die geringste Neigung, mit den Sozialisten zu koalieren, doch ist für eine Reihe von Wahlkreisen zwischen den Sozialisten, den Radikalsocialisten und den republikanischen Sozialisten bereits eine Einigung zustande gekommen. Sie wird aber nicht genügen, um die Verluste der Linksparteien auszugleichen.

## Die Wahlakt der Linksparteien

PARIS, 24. April. (Tel.) Bereits jetzt zeigt sich durch die bekanntgewordenen Beschlüsse einzelner radikaler und sozialistischer Bezirksvereinigungen, daß da, wo die Kandidaten dieser beiden Parteien im Kampf gegen die (rechtsstehende) Republikanische Vereinigung von Louis Marin und die auf dem rechten Flügel des Zentrums stehenden Linksrepublikaner einander Schaden zufügen könnten, ein gegenseitiger Verzicht des einen Kandidaten zugunsten des zahlenmäßig begünstigten anderen Kandidaten fast allgemein ausgesprochen werden wird. Es liegen hierüber bereits viele Meldungen vor, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Lage bis Donnerstag der Stichwahl gegen die sozialistischen Kandidaten aufrecht, die unsere Wahlvorschläge, eine Einheitsfront zu bilden, abgelehnt haben, und die die Stimmen der Bourgeoisie und das Bündnis mit der Bourgeoisie der einheitlichen Aktion des Proletariats gegen den Kapitalismus und seine Regierung der Nationalen Einheit vorgehen. Im übrigen erklärt die „Humanité“: Unsere Partei hat am Sonntag im Vergleich zu den Wahlen im Jahre 1924 192 870 Stimmen gewonnen. Besonders in den industriellen Departements in Elsaß-Lothringen haben wir unsere Stimmenzahl gegenüber 1924 um 50 Proz. erhöhen können.

## Verschiedenes

Ernennungen im Auswärtigen Amt. Der Reichspräsident hat ernannt: Den Legationsrat I. Klasse, Dr. Gooß, den Legationsrat Medhammer und den Gesandtschaftsrat Dr. Toepte zu Vortragenden Legationsräten.

Austritt aus der Deutschnationalen Partei. Der bisherige deutschnationale Landtagsabgeordnete, Rektor Gadenberg aus Berlin, der Katholik ist, hat, wie die „Germania“ erzählt, die ihm für die bevorstehende Wahl auf den deutschnationalen Wahlvorschlag des Wahlkreises Berlin angebotene Kandidatur, sowie die Kandidatur auf der deutschnationalen Landesliste abgelehnt. Er hat außerdem den Vorstoß im deutschnationalen Katholikenanschuß Großberlins niedergelegt und ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Konferenz der baltischen Staaten. Die am Samstag und Sonntag in Riga abgehaltene Konferenz der Wirtschaftsvertreter Lettlands, Estlands und Litauens beschloß, in Zukunft periodisch Versammlungen abzuhalten, um ständig Informationen auszutauschen. Die Konferenz sprach sich entschieden für den wirtschaftlichen Zusammenstoß der baltischen Staaten aus.

Der Landesverband Frankfurt (Oder), der Deutschnationalen Volkspartei hat die endgültigen Kandidatenlisten fertiggestellt. In der Spitze der Reichstagswahlliste steht wieder Reichsinnenminister von Keudell.

## Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen

(Eine Abwehr) In der Aprilnummer des Mitteilungsblattes des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Gau Baden, wird in einem Artikel, betitelt: „Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen“ behauptet, daß das Ministerium des Innern die Bearbeitung der einzelnen Fälle den Bezirksfürsorgeverbänden übertragen hat. Daran werden einige kritische Bemerkungen geknüpft, die keinesfalls begründet sind. Die Sachlage ist vielmehr, wie man uns von berufener Stelle schreibt, folgende:

Von der Reichsregierung sind neuerdings auf Grund eines Beschlusses des Reichstages die Versorgungsämter (Reichsbehörden) ermächtigt worden, nach gewissen Richtlinien im Wege des Härteausgleiches Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen zu gewähren. In dem hierbei vom Reichsarbeitsministerium vorgeschriebenen Verfahren ist erfreulicherweise auch eine Mitwirkung der Fürsorgestellen vorgesehen. Die Anträge sind bei den Fürsorgestellen einzureichen und von diesen begutachtet an die Hauptfürsorgestelle, über an eine von dieser bestimmte Stelle weiterzureichen, welche sie mit einem Obergutachten versehen, dem zuständigen Versorgungsamt zur Entscheidung zu übergeben hat.

Die Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen hatten gewünscht, daß die Hauptfürsorgestelle zugeordneten Obergutachten in Baden vom Ministerium des Innern abgegeben werden möchten; denn nur dann könne das Ministerium als Hauptfürsorgestelle einen Überblick über die Durchführung der ganzen Maßnahmen erhalten.

Es ist an sich richtig, daß nach der allgemeinen badischen Regelung die Aufgaben, die die Reichsregierung den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbefähigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zuweist, vom Ministerium des Innern bearbeitet werden. Es hat sich dabei jedoch die zwingende Notwendigkeit ergeben, im Interesse der Sparsamkeit und um das Ministerium nicht mit der Bearbeitung von vielen Tausenden Eingefällen zu belasten, eine weitgehende Dezentralisation durchzuführen. Der Zustand, wie er vor dem Jahre 1924 herrschte, daß fast alle Eingefälle von Bewilligungen in der Hauptfürsorgestelle behandelt und entschieden wurden, konnte unmöglich beibehalten werden. Ohne umfangreiche, zeitraubende und kostspielige Erhebungen könne die Hauptfürsorgestelle sich gar kein sicheres Urteil über jeden Eingefall verschaffen, und ohne ein solches Urteil könnte sie nicht entscheiden. Dazu kommt, daß bis zum 1. April 1924 die für die Kriegsbefähigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge erforderlichen Geldmittel zu vier Fünfteln vom Reich, also von oben, geflossen sind, während sie seitdem zu zwei Dritteln, neuerdings zu drei Vierteln, von den Gemeinden, also von den unteren Selbstverwaltungsorganen aufzubringen sind. Da war es unmöglich, durch Entscheidungen einer Zentralfstelle in Karlsruhe die Bezirksfürsorgeverbände zu Ausgaben zu veranlassen, zu deren Leistungen sie im Eingefall vielleicht gar nicht gewillt gewesen wären auf Grund genauer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Die bis zum Jahre 1927 aufrecht erhaltene Bescheideneinstanz bei der Hauptfürsorgestelle mußte aus denselben Gründen in die Bezirke und Städte hinaus verlegt werden.

In Verfolg dieser Maßnahmen, die darauf abzielen, die Bezirksfürsorgeverbände als die zur unmittelbaren Erfüllung der Fürsorgepflichten reichsrechtlich verpflichteten Selbstverwaltungsorgane mit der endgültigen Erledigung aller Eingefälle der sozialen Kriegsbefähigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu betrauen, hat das Ministerium des Innern zu der eingangs erwähnten neuen Hilfsmittelnahme des Reichs für die Kriegerwaisen bestimmt, daß die Obergutachten nicht vom Ministerium des Innern als Hauptfürsorgestelle, sondern von den Oberbürgermeistern und Landräten, also von den Vorsitzenden der 66 Bezirksfürsorgeverbände, zu erstatten und dem Versorgungsamt zuzuleiten sind.

An dieser Regelung wird von Seiten der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen lebhaft Kritik geübt, weil sie ihren Wünschen nicht Rechnung trägt. Diese Kritik wird damit begründet, daß die getroffene Regelung verfehlt ist, daß sie die Interessen der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen schädige und daß die Stellen, denen die Begutachtung der Eingefälle übertragen sei, also die Oberbürgermeister und Landräte, ungeeignet seien.

Die Übertragung der mehrfach erwähnten Obergutachten ist rechtlich begründet durch die dem Ministerium des Innern allgemein erteilte Ermächtigung, ihm zufallende Fürsorgeaufgaben auf nachgeordnete Behörden zu übertragen. Zudem ist für die in Frage stehende Maßnahme vom Reich ausdrücklich bemerkt, daß die Abgabe der Obergutachten auch anderen Stellen übertragen werden kann.

Verfehlt ist die Maßnahme schon deshalb nicht, weil sie aus staatspolitischen Notwendigkeiten getroffen werden mußte. Man stelle sich vor: In Baden sind rund 37 000 Kriegerwaisen vorhanden, von denen ein großer Teil an den Erziehungsbeihilfen teilnehmen wollen. Wenn die Anträge zur Begutachtung an das Ministerium des Innern als Hauptfürsorgestelle gelangen, so ergibt das Tausende von Einläufen; es hätten dann ebensovieler Obergutachten bearbeitet werden müssen. Wahrscheinlich wären vorher in einer großen Anzahl von Fällen Mißfragen, die wiederum einen Schriftwechsel hervorgerufen hätten, nötig gewesen. Zur rein geschäftsmäßigen Bearbeitung dieser Arbeiten hätte das Personal des Ministeriums des Innern nicht ausgereicht. Es hätte ein bürokratischer Apparat neu aufgezogen werden müssen, dessen Aufwand dem Erfolg nicht entprochen hätte.

Die weitere Frage ist: Wäre durch eine solche weitgehende Zentralisierung eine Besserung für die Kriegerwaisen erzielt worden? Keineswegs! Die Obergutachten des Ministeriums hätten sich stützen müssen auf die Begutachtung durch die Fürsorgestelle, da kaum ein Fall dem Ministerium so bekannt gewesen wäre, daß es ein eigenes Urteil darüber gehabt hätte. Man hätte also schematisch verfahren müssen in der Weise, daß man sich in der Regel dem Gutachten der Fürsorgestelle angeschlossen und den Fall dem Versorgungsamt weitergeleitet hätte. Denn die Entscheidung liegt ja, da es sich um Reichsmittel handelt, bei den Versorgungsämtern als Reichsbehörden. Abgesehen davon, daß es der staatsrechtlichen Stellung eines badischen Ministeriums des Innern nicht entsprechen würde, wenn es lediglich begutachtend tätig geworden wäre und wenn über sein Gutachten dann eine nachgeordnete Bezirksstelle des Reichs entscheiden hätte, kann man durchaus der Auffassung sein, daß den Kriegerwaisen wesentlich besser bedient ist, wenn die Obergutachten von den Vorsitzenden der Bezirksfürsorgeverbände, die die erste Begutachtung abgeben, also von den Oberbürgermeistern und Landräten, abgegeben werden. Diese kennen die Sachbearbeiter des ersten Gutachtens persönlich und in ihrer Leistungsfähigkeit, sie wissen, welchen sie vertrauen und welche sie anzweifeln müssen; sie haben es leicht, im Wege der mündlichen Aussprache Mißfragen zu stellen und Zweifel zu klären. Durch die Verteilung der Fälle auf die 66 Bezirksfürsorgeverbände entfallen auf jeden Verband nur soviel Eingefälle, daß sie ohne Personalvermehrung innerhalb des Jahres bewältigt werden können.

Die in Baden getroffenen Maßnahmen dienen, wie ohne weiteres ersichtlich, einer wesentlichen Besserung der



**Berfahren.** Denn in den meisten Fällen kann das Obergutachten des Oberbürgermeisters oder Landrates an demselben Tag oder doch kurz nach Abgabe des ersten Gutachtens erstattet werden, weil eine womöglich wiederholte Versendung der Akten vermieden ist. Denselben Gedanken hat übrigens die Zentralleitung eines Kriegsbeschädigtenverbandes in Berlin aufgegriffen, welcher in seinem Organ bemerkt, daß das vom Reich vorgeschriebene Verfahren viel zu umständlich und zeitraubend sei.

Wenn endlich behauptet wird, die Oberbürgermeister und Landräte seien zu der Abgabe der Obergutachten ungeeignet, so dürfte demgegenüber der Hinweis genügen, daß die Landräte derselben Vorbildung im Ministerium zu beehren gehabt hätten. Die Landräte haben sich als Leiter der früheren amtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und als Vorsitzende der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände seit über 10 Jahren große Verdienste erworben und haben fachliche Erfahrungen auf allen Gebieten der Fürsorge gesammelt, die sie wohl befähigen dürften, Gutachten darüber abzugeben, ob die Anträge der Kriegervaisen auf Berufsausbildungsbeihilfen nach den Richtlinien des Reichs begründet sind oder nicht. Die Oberbürgermeister der 16 verbandsfreien größten Städte werden es energisch für sich weihen, wenn ihnen bekannt wird, daß man sie in Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für ungeeignet bezeichnet. — Im übrigen muß eben auch eine Aufklärung der Zentralstellen und deren Belastung mit Einzelheiten vermieden werden. Die Zentralstellen, besonders die Ministerien, sind dazu da, zu organisieren und zu überwachen, nicht aber, um Einzelfälle sachlich zu bearbeiten.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

trat am Montag in die Beratung des Entwurfs eines Landesjustizorganisationsgesetzes ein, worüber der Abg. Schneider-Heidelberg einen eingehenden Bericht erstattete. Das neue Recht soll eine wesentliche Vereinfachung bringen und auch Zweifels- und Streitfragen kostenrechtlicher Art beseitigen. Die Vorlage über die wirksame Mitteilungen veröffentlicht haben) schließt sich weitgehend an die württembergische Regelung an, welche sich bewährt hat. Über die finanziellen Auswirkungen läßt sich zuverlässiges nicht sagen.

Eine längere Aussprache erfolgte über den § 19 der Vorlage, der von der Gebührensicherheit handelt. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei wandte sich für seine Person dagegen, daß die Religionsgemeinschaften, Kirchengemeinden und kirchlichen Fonds Gebührensicherheit genießen sollen. Er befürchtete dadurch einen bedeutenden Ausfall an staatlichen Einnahmen. — Von Regierungsseite wurde erklärt, daß die Gebührensicherheit der Religionsgemeinschaften auf das Jahr 1903 zurückgehe, praktisch also schon vorhanden gewesen sei. Es sei allgemeine Übung, auch im Reich, auf die Notlage der Kirchen Rücksicht zu nehmen. Die bisherigen Vergünstigungen zu beseitigen, bestche kein Anlaß. Dazu komme, daß die Kirchen nach Reichs- und Landesrecht steuerfrei seien. — Zentrum und Bürgerliche Vereinigung wandten sich gegen den vorkommenden Standpunkt. — Die Sozialdemokraten beantragten Gebührensicherheit auch für die Träger der sozialen Versicherungen. — Der Justizminister sagte eine Prüfung der Frage dahin zu, auf welchem Wege man den Verleumdungsträgern entgegenkommen könne. — Heute Dienstag Wetterberatung.

### Die Oberheimgulierung

Eine Arbeit des Oberbauamts Dr. Kupferschmid, Karlsruhe, über die Höher- und Tieferbettung des Rheins zwischen Basel und Mannheim findet gegenwärtig besondere Beachtung. Ihr liegen die Ergebnisse der Begelmessungen zugrunde, die teilweise, wie diejenigen Basels, weit zurückreichen. Aus ihnen geht hervor, daß der Rhein sich bei Basel von 1820 bis 1925 um 114 Zentimeter in die Tiefe gegraben hat. Von Weisach an läßt die ausstehende Arbeit des Flusses nach, es findet eine Höherbettung statt. Die Arbeit zeigt, daß der Strom nicht zur Ruhe kommt, daß sein Gleichgewicht ständigen Änderungen unterworfen ist, die der Rheinschiffahrt noch allerhand Schwierigkeiten bereiten werden und darum höchste Beachtung verdienen. Die Regulierung, die den Strom den größten Teil des Jahres hindurch schiffbar machen würde, muß daher mit aller Energie angestrebt werden.

### Das neue Volkgebäude in Kaffatt

Die Deutsche Reichspost hat auf dem Grundriss der früheren Wilhelmshafen an der Kapellen- und Poststraße in Kaffatt einen allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Neubau errichtet. Aus Anlaß der Inbetriebnahme fand am Sonntag mittag eine feierliche Eröffnungsfestung statt, zu der sich zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, sowie des Wirtschaftslebens in der geschmückten Schalterhalle eingefunden hatten. Man bemerkte u. a. den Präsidenten der Oberpostdirektion Karlsruhe, Lammlein, Landrat Tritschler, Oberbürgermeister Renner und Bürgermeister Gösmann. Präsident Lammlein begrüßte die Festversammlung, indem er hervorhob, daß mit der Genehmigung des Neubausprojektes auch die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Kaffatt anerkannt worden sei, die das Gewand der alten Soldatenstadt abgelegt und sich zu einer aufstrebenden Industriestadt umgestaltet habe. Postdirektor Lentner übernahm darauf die Verwaltung des Gebäudes. Nach beendigtem Rundgang gab die Oberpostdirektion im Verein mit der Stadtverwaltung ein einfaches Frühstück im Museum. Dabei wurden Ansprachen gehalten von Oberbürgermeister Renner, Landrat Tritschler, Stadtrat Rheinbold, letzterer im Auftrag der Handelskammer. U. a. sprach auch noch Präsident Lammlein, Karlsruhe.

### Dampferverkehr auf dem Bodensee

Für den jetzt zu erwartenden starken Reiseverkehr auf dem Bodensee können die fünf Uferstaaten mit einer stattlichen Flotte von teils neuen Dampfern aufwarten. Die badische Flottille weist für den Obersee zunächst die fünf bisherigen Dampfer auf. Ein neuer Doppelsalondampfer für Baden ist bereits in Auftrag gegeben. Den Untersee befahren jetzt die beiden Dieselmotorboote „Adolfzell“ und „Höri“. Ein drittes Dieselmotorboot für den Untersee liegt noch auf der Bodanwerft Kressbrunn und soll den Namen „Reichenau“ erhalten. Für die bayerische Flottille wird ein neuer Doppelsalondampfer gebaut, dazu kommen zwei Motorjagtkähne. Die schweizerischen Bundesbahnen haben für dieses Jahr 5 Dampferboote und zwei Tragjagtkähne fahren. Der österreichische Schiffsparc zählt vier Dampfer, darunter den neuen Doppelsalondampfer „Regenz“.

Der Bürgerausschuss Müllheim hieß die neue Gemeindeabgrenzung und Bevölkerungsordnung auf und damit eine etwa 20 prozentige Erhöhung, welche das städtische Verwaltungsbudget mit einem Mehr von 983 M monatlich, gegenüber bisher belastet. — Zwei Beamtenstellen wurden ins Angestelltenverhältnis überführt.

### Vom badischen Weinbauinstitut

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg i. Br. veröffentlicht für das Jahr 1927 den 7. Jahresbericht, in dem es u. a. heißt, die Zuanpruchnahme des Institutes von Seiten der Praxis sei auch im Berichtsjahre gestiegen. Auch durch den Neubau einer Rebenveredelungsanstalt in Freiburg wurde das Institut laufend in Anspruch genommen. Die Räumlichkeiten des Weinbauinstituts reichen nicht mehr aus, um den Anforderungen, die der Weinbau an das Institut stellt, zu genügen. Vor allem ist der Hörsaal viel zu klein und für die im Ausbau begriffene und dem Institut angegliederte Hauptstelle für Pflanzenschutz, sind die Räume durchaus ungenügend. Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und der Stadt als Besitzerin des Institutsgebäudes wurden daher vom Städtischen Hochbauamt Pläne für einen Ausbau ausgearbeitet.

Über die Personalverhältnisse des Institutes wird gesagt, daß der Direktor der Anstalt, Dr. Karl Müller, zum Vorsitzenden des Badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz und zum Vorsitzenden des Ausschusses für Obstbau, Weinbau und Kellereiwirtschaft der Vereinigung für angewandte Botanik gewählt wurde. Die Lichtbildersammlung des Institutes wurde stark vermehrt, vor allem durch Neuaufnahmen in der Natur, im Laboratorium und durch mikroskopische Aufnahmen aus dem Gebiete der Hauptstelle für Pflanzenschutz. Eine ganze Reihe von Berichten gibt eingehende Aufklärungen über die Schädlingsbekämpfung, biologische Versuche, Untersuchung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Untersuchungen über Peronospora, Mehltau, Fleck- und Sauerwurmschwamm. Auch Feststellungen über die Ursache der Verbrennungsercheinungen, die sich als Folge der Bespritzung mit Kupferpräparaten mit und ohne Arsenzusatz, an zarten Reblättern einzustellen pflegen, wurden vorgenommen.

Einen sehr wichtigen Teil der Tätigkeit des Weinbauinstituts nahmen die weinbautechnischen Versuche in Anspruch, nicht minder die Düngungsversuche, die auf dem Gelände der Domäne Neersburg weitergeführt wurden. Die Versuche hatten bisher das Ergebnis, daß in vier Jahren mit Kunstdünger allein, ohne Stallmist, eine Steigerung des Erntetrages nicht zu erzielen war. Des weiteren war sehr wichtig die Nebenabzucht. — Nebenabzuchtungen gelangen gleichfalls zur Durchsicht, so u. a. bei Eugen Lang in Wismar, beim Weinbauinspektor Krafft-Vogt in Schallstadt, bei der Rebenveredelungsanstalt Durlach, beim Reichsforstmeister Giese in Biedersheim-Oberrotweil und bei den Weinbauinspektoren Marget in Hügelsheim und Bronner in Wiesloch.

Über die Kellereiwirtschaft wird berichtet, daß die Tätigkeit des Weinlaboratoriums eine überaus starke Zunahme erfahren hat. Zur Untersuchung gelangten an naturreinen Mosten und Jungweinen 222 Proben aus dem Kaiserstuhl, 129 aus der Markgrafschaft, 78 aus dem Weisgau, 28 aus der Ortenau und 12 aus anderen Weinbaugebieten. Über die Amerikanermuttergärten in Emmendingen sagt der Bericht, daß sich diese auf dem fruchtbarsten Rhododen über alles Erwarten gut entwickelte hätten. Der staatliche Muttergarten am Turmberg in Durlach habe eine erhebliche Erweiterung erfahren, ebenso der Muttergarten auf dem Versuchsgut Wankenhornsbühl der Landwirtschaftskammer.

### Gemeinde-Rundschau

Aus dem Vorschlag des Kreisverbandes Weisach. Aus dem Jahresbericht und dem Vorschlag des Kreisverbandes ist zu entnehmen, daß das Jahr 1927 im allgemeinen für die Kreiswirtschaft ein normales war. Infolge der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Verlangsamung der Steuereinzahlungen sind die Gemeinden mit Steuern und Strafenbeiträgen in Höhe von 120 000 M im Rückstand. Aus dem Vorschlag ergibt sich, daß für das Jahr 1928 an Stelle von 8000 M künftig 29 000 M als Zuschuss eingestellt werden müssen. Der Vorschlag des letzten Jahres wurde für das Strafenwesen um 80 000 M überdritten. Für das Jahr 1928 soll insbesondere ein Teil der Feldbergstraße ausgebaut werden, wofür 10 000 Reichsmark eingestellt sind. Für die allgemeine Unterhaltung der Kreisstraßen sind 275 000 M in den Vorschlag eingestellt. Das Strafenwesen erfordert insgesamt einen Aufwand von 418 500 M. Bezüglich der Kreispflegeanstalt wird wegen Überfüllung der Anstalt um Ankauf des Schlosses Rheingau als Altersheim ersucht. Anschließend an die Verhandlungen wird eine Abschiedsfeier für den Kreisvorsitzenden, Präsidenten Dr. Gugelmeier, folgen.

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Gailingen wurde der Kandidat der Linken, Josef Kuh, mit 469 von 880 abgegebenen Stimmen gewählt. Für den Posten waren vier Kandidaten aufgestellt. Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, als schon im ersten Wahlgang eine Entscheidung in dem mit Leidenschaft geführten Wahlkampf fiel.

Erbauung eines neuen Gaswerkes in Freiburg i. Br. Da das derzeitige Gaswerk den fortschreitenden Bedürfnissen in absehbarer Zeit nicht mehr entsprechen wird, beabsichtigt die Stadt Freiburg, ein neues Werk zu errichten. Für die Vorarbeiten sollen 30 000 M ausgeworfen, sowie ein besonderer Ingenieur eingestellt werden.

### Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der Großherzogin Luise. Die Feier, die am Sonntag nachmittag zum Gedächtnis an den vor 5 Jahren erfolgten Hinschied der Großherzogin Luise in der Grabkapelle stattfand, war trotz der wenig günstigen Witterung außerordentlich stark besucht. Hauptlehrer Stark mit seinem kleinen Chor trug durch zwei Gesänge zu der Weidfeier wertvoll bei. Prälat a. D. D. Schmittmeier legte seinem Gedächtnis die Bibelworte Hebr. 13,8 und Psalm 81,6 zugrunde. Nach beendeter Feier konnte auch denen, die keinen Platz mehr in der Kapelle gefunden hatten, ein stilles Vorbeiziehen an dem neu aufgestellten, von Professor Dr. Holz stammenden Sarkophag der Verewigten ermöglicht werden.

„Die Sperlänge Gottes“. Als Sonderveranstaltung bieten die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus einen Film „Die Sperlänge Gottes“. In recht eindrucksvollen Aufnahmen, mit einer dramatischen Handlung, wird in diesem Film ein Problem bildlich veranschaulicht, das uns angeblich noch heute bestehende Verhältnisse in Südamerika schildert. Wir erblicken eine jenenannte Kinderfarm, deren Geschäft es ist, verlassene oder unerwünschte Kinder aufzunehmen. Neben Mißhandlungen und großen Entbehrungen aller Art werden die Kinder wohl bei landwirtschaftlicher Arbeit stark ausgenutzt. Der Unternehmer scheint sogar nicht davor zurück, unpassende „Böhlunge“ auf natürliche oder unnatürliche Weise verschwinden zu lassen. Der Handlungsstoff ist sehr geschickt aufgebaut, und die kleinen Hilaritäten lösen geschickt ihre Aufgaben. Aus der Reihe der Darsteller ragt Maxy Richard als „Mama Molly“ besonders hervor, mit großer Liebe betretet sie die Kinderfarm. Recht glücklich und erhebt sich der Schluß gewährt. Die schon illustrierende musikalische Begleitung erhöht den Gesamteindruck. — Neben dem Hauptfilm gibt es noch ein interessantes Beiprogramm. An erster Stelle ist ein Werkfilm „Konfranz-Ges.“ zu nennen. Interessante Aufnahmen geben dem Verbraucher Aufschluß über den Aufbau und die Verwertung der Gerste zum Malzgefäße.

erste Teil gehört der Landwirtschaft, im zweiten Teil haben wir Gelegenheit, wieder einen musterhaften und technisch großartig ausgebauten Betrieb kennen zu lernen. Die Opelwachsenschau bringt neben gut gelungenen neuesten Aufnahmen einen kleinen Film „Das Frettden“. Alles in allem, eine ausgezeichnete Darbietung, deren Besuch sehr zu empfehlen ist.

Unfallchronik. Im Monat März wurden 102 Zusammenstöße gemeldet verursacht vor allem durch Übersehen der Regeln über das Vorfahrtsrecht und Unachtsamkeit beim Überqueren der Straßen und Plätze. Der getrigge Polizeibericht verzeichnet wiederum 3 Zusammenstöße, die glücklicherweise einen glimpflichen Verlauf nahmen. Im März sind 49 Personen durch derartige Unfälle zu Schaden gekommen.

Gemälde-Ausstellung. Die vom Kunsthaus G. Büchle (Kaiserstraße 182) eröffnete neue Ausstellung umfaßt eine große Kollektion bisher nicht gezeigter Werke des leider früh verstorbenen Prof. Wilh. Holz, sowie interessante Gemälde von Frau Daniela Holz-Strebingen. Ferner liegen die Dürer-Blätter noch zur Ansicht aus. Die Ausstellung ist eintrittsfrei.

Badisches Landesbühnen. Freitag, den 27. April, Smetanas beliebte komische Oper „Die verkaufte Braut“ unter der musikalischen Leitung von Josef Krips. Sonntag, den 29. April, gelangt zum erstenmal in dieser Spielzeit „Tristan und Isolde“ von Richard Wagner zur Aufführung mit Lilly Hagren als Gast in der Partie der „Isolde“. Die musikalische Leitung hat Josef Krips. In Szene gesetzt wurde das Werk von Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß resistlicher Tiefdruckstörungen am Ost- und Südrande des hohen Druckes haben wir zeitweilig noch wolkiges Wetter. Da das jetzt über Deutschland liegende Hoch aus Luftmassen polaren Ursprungs aufgebaut ist, halten die aus diesen herausgehenden Winde die Temperaturen auf sehr niedrigen Ständen, so daß es geseit selbst im Bodenseegebiet noch etwas gekühlt hat. Die den ozeanischen Luftwirbel begleitende Warmluftströmung hat heute früh bis Südwestdeutschland übergegriffen und wird bald auch unser Gebiet erfassen. Wetterausichten für Mittwoch: Heiter und wärmer, mildere Luftströmung aus Süd bis Südwest, gute Fernsicht.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Weisach, 23. April. Sonntag früh ist im Alter von 86 Jahren Gottlieb Say, bei den eingefessenen Vordachern wohl die populärste und bekannteste Persönlichkeit der Stadt, nach kurzem Leiden verstorben. Er bekleidete lange Jahre hindurch das Amt eines Vorstandsmitgliedes und später Aufsichtsratsmitgliedes der Vorschubbank und wurde auch in den Verwaltungsrat der Sparkasse gewählt. Dem Gemeinderat, dessen dienstältestes Mitglied er nach Austritt von Philipp Schreider war, leistete er durch seine Sachkenntnis und seinen praktischen Verstand hervorragende Dienste.

D3. Mannheim, 24. April. Im Jahre 1927 stieg die Gesamtzahl der Todesfälle in der Rheinschiffahrt infolge Unfälle und Ertrinkens auf 54 gegenüber 87 im Jahre 1926, 45 im Jahre 1927 und 27 im Jahre 1924. Die Höchstzahlen waren 83 im Jahre 1904, 84 im Jahre 1910 und 80 im Jahre 1913.

Ud. Mannheim, 24. April. Am Sonntag sind in Ludwigshafen a. Rh. Einbrecher in Wohnungen eingedrungen, deren Inhaber abwesend waren. Den Dieben fielen Wertpapiere von erheblichem Werte in die Hände. Offenbar handelt es sich um die gleichen Täter, die in letzter Zeit in Forstheim, Karlsruhe und in den Nachbarländern aufgetreten sind. Die Einbrecher durchwühlten Wäsche- und Kleiderschränke nach Schmuckgegenständen und brachen drei Schreibrüchschubladen auf, wobei ihnen als Beute außer einer großen Zahl Wertpapiere Schmuckgegenstände in Gold und Silber und Geld in die Hände fielen. Der Wert der gestohlenen Gegenstände wird auf mindestens 15-20 000 M geschätzt.

D3. Heilbronn, 23. April. Die theologische Fakultät der Universität Heidelberg hat den Professor der Pathologie an der Kaiserlichen Universität Kioto, Dr. Akira Fujinami, zum Dr. theol. h. c. ernannt. Professor Fujinami, ein Schüler Rudolf Virchows, ist der berühmteste Pathologe Japans.

D3. Waldshut, 23. April. Eine Gemeindeversammlung der schweizerischen Nachbargemeinde Koblenz, die sich auch mit den Brückenbauprojekten Waldshut-Koblenz und Koblenz-Helmsau beschäftigte, trat in einem einstimmig gefaßten Beschluß dafür ein, den Regierungsrat des Kantons Argau zu ersuchen, die Rheinbrücke Koblenz-Waldshut vor der Ausbreitung zu erhalten.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	20. April		21. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.36	168.70	168.39	168.73
Kopenhagen 100 Kr.	112.06	112.28	112.05	112.27
Italien 100 L.	22.03	22.37	22.025	22.065
London 1 Pf.	20.393	20.433	20.392	20.432
New York 1 D.	4.1775	4.1865	4.1718	4.1860
Paris 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz 100 Fr.	80.51	80.67	80.53	80.69
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.785	58.905
Prag 100 Kr.	12.378	12.338	12.373	12.339

Die Mannheimer Beamtenbank e. G. m. b. H. hat beim Amtsgericht Mannheim Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt und die Badische Treuhandgesellschaft Mannheim mit der Revision und Erstellung ihres Bilanzstatus beauftragt. Am heutigen Dienstag abend findet im Friedrichspark eine öffentliche Versammlung der Mitglieder und Gläubiger der Mannheimer Gewerbank e. G. m. b. H. statt.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung.

Neuwahl des Reichstags. Zum Reichswahlleiter hat der Herr Reichsminister des Innern den Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Reisinger, ernannt. Das Büro des Reichswahlleiters befindet sich in Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194. Fernruf: Amt Bismarck 7313, Drahtanschrift: Reichswahlleiter Berlin W 15.

Zum Verbandswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden hat der Württembergische Herr Minister des Innern den Ministerialrat Dr. Kiefer und zu seinem Stellvertreter den Regierungsrat Dr. Feber, beide im Württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart, ernannt.

Karlsruhe, den 24. April 1928.  
Der Minister des Innern  
R e m m e l e.



**Städt. Konzerthaus**  
 Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr  
 Einleitender Vortrag von Postat Voelker:  
**Die wirtschaftliche Bedeutung unserer früheren Kolonien**  
 Film:  
**Die deutsche Kolonisation am Kamerunberg**  
 Koloniale Arbeitsgemeinschaft  
 Reinert's zugunsten der deutschen Krankenhäuser in Südwest-Afrika 513  
 Karten sind erhältlich zu 1 RM und 50 Pf in der Musikalienhandlung, Kaiser-Ecke Waldstraße  
**Fritz Müller**

21. 4.—20. 5. 1928  
**Kollektiv-Ausstellung**  
 Prof. Wilh. Volz  
 und Daniela Volz-Strebinger  
**KUNSTHAUS** 516  
**E. BÜCHLE** Inhaber  
 W. BERTSCH  
 Kaiserstraße 132 (Gartensaal)  
 Besichtigung frei!

**Zur Aushilfe im städtischen Verwaltungsdienst**  
 wird zum sofortigen Eintritt jüngere eingearbeitete Kraft gesucht. Eintrittsgehalt mit Vergütungsanspruch unter Befreiung eigenhändig geschriebenen Lebenslauf, Zeugnis und Vorbildungsnachweisen sind an den Unterzeichneten zu richten.  
 Waffeln, den 20. April 1928. 511  
 Der Bürgermeister:  
 Dr. Trautmann.

**G. BRAUN**  
 (vorm. G. Braunsche Holbuchdruckerei und Verlag)  
 G. m. b. H.  
**KARLSRUHE**  
 Karl-Friedrich-Straße 14  
 fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private  
 Kurze Lieferfristen  
 Preise mäßig

**Sprihwagen**  
 gebraucht zu kaufen gesucht.  
 Angebote an  
 Bürgermeisterei  
 Schriesheim.  
 Ihre Anz. u. g. betr. Brauchen Sie  
**Möbelwagen?**  
 dann  
 Bad. Lagerhaus Döfenburg.  
 Best. Billig Wagner fragen. Erstkl. bestemp. juwerk. Möbelfabrikations-Unternehmen.

Vertreter gesucht f. Darlehn, Hypoth. Finanzbüro Spandau  
 Moltstraße 6  
**COLOSSEUM**  
 Ab 16.—30. April  
 Sensations-Gastspiel  
**Piletto**  
 Rastelli II  
 der unerreichte deutsche Meisterjongleur mit dem internat. Varietè-Programm

**Landesbank f. Haus- u. Grundbesitz e. G. Karlsruhe**

Vermögensaufstellung per 31. Dezember 1927 nach genehmigter Gewinnverteilung.

Vermögensseite:		Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
Kassenbestand	26 663,09	Geschäftsguthaben	
Wechselbestand	513 088,—	verbl. Mitgl. 277 001,47 RM	
Bankguthaben	117 453,66	auschl. Mitgl. 4298,72 RM	281 300,19
Bertpapiere	106 710,50	Gesellschaftliche Rücklage	45 000,—
Forderung in lfd. Rechnung	2 756 187,99	Guthaben von Banken	55 120,02
Beteiligungen (Zentralbank)	3 000,—	Einlagen in lfd. Rechnung	692 031,20
Darlehensforderungen	180 442,—	Spareinlagen	
Bürgschaftsforderungen	40 983,65	mit tägl. Kündigung	230 124,23
Inventar	1,—	mit monatl. Kündigung	762 366,17
Baugebäude		mit 3 monatl. Kündigung	
Karlsruhe, Mannheim	170 000,—	und darüber	1 369 798,08
		Sonstige Einlagen mit 1—3	
		monatl. Kündigung	413 132,10
		Bürgschaftsverpflichtungen	40 983,65
		Auszuzahl. Divid. u. Zinsen	21 942,80
		Gewinnvortrag	2 731,45
			3 914 529,89
			3 914 529,89

Mitgliederbewegung und Haftsumme:

	Haftsumme
Die Zahl d. Genossen betrug am 1. 1. 1927:	733 Mitgl. m. 768 Anteilen 768 000,—
Zu Ende des Jahres 1927 traten ein:	354 Mitgl. m. 419 Anteilen 419 000,—
	1987 Mitgl. m. 1187 Anteilen 1187 000,—
Zum Jahresende scheidend aus:	52 Mitgl. m. 52 Anteilen 52 000,—
Stand am 1. Januar 1928:	1035 Mitgl. m. 1135 Anteilen 1135 000,—

Die Dividende kann von unseren Genossen, soweit der Stammanteil 500,— RM überschreitet unter der Vorlage des blauen Geschäftsanteilsbuchs an unseren Kassenschatzen abgeholt werden. Bei Gütschrift über den Betrag von 500,— RM ist die Unterzeichnung einer weiteren Beteiligungserklärung erforderlich. 5.515

Landesbank für Haus- und Grundbesitz, e. G. m. b. H., Karlsruhe.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
 Streitige Gerichtsbarkeit.  
 M. 990 Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Müller, Karlsruhe, Kellenstr. 19, wurde an Stelle des bisherigen beauftragten Konkursverwalters, Rechtsanwalt Hasenfranz, hier, der Rechtsanwalt Frey, hier, zum Konkursverwalter ernannt.  
 Karlsruhe, 17. April 1928.  
 Adv. Amtsgericht A IV, Geschäftsstelle.

M. 991 Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bad. Verdfabrik G. Pöfeler u. G. vorm. Karl Geisler in Karlsruhe wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
 Karlsruhe, 16. April 1928.  
 Geschäftsstelle  
 Adv. Amtsgericht A I.

M. 998 Triberg. Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Firma Alois Duffner Söhne in Schönwald wurde heute am 21. April 1928, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Zahlungsfähigkeit der Gemeinschuldnerin glaubhaft nachgewiesen ist. Herr Rechtsanwalt Siebert, hier, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 29. Mai 1928 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt von dem diezeitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 6. Juni 1928, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen, oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 29. Mai 1928 Anzeige zu machen.  
 Triberg, 21. April 1928.  
 Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

**Lebensbedürfnisverein Karlsruhe**  
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

**Neu eingeführt:**  
**Reform-Nahrungsmittel**

Da wir bei dem großen Umfang unseres Unternehmens den Bedarf an Reformnahrungsmitteln noch nicht schätzen können, führen wir diese Artikel, um ein langes Lager zu vermeiden, zunächst nur in den folgenden Verteilungsstellen:

Herrenstraße 14, Verteilungsstelle Nr. 1	
Bunsenstr. 9,	23
Boeckhstraße 28,	29
Hardtwaldsiedlung	35
Gartenstadt-Rüppurr	36

Wir werden, gestützt auf unsere langjährige Erfahrung auf dem Gebiete des Nahrungsmittelwesens, auch für bezug auf Reform-Nahrungsmittel nur wirklich wertvolle Artikel führen.

517 **Der Vorstand.**

**Bezirkssparkasse Stühlingen**  
 (Öffentliche Verbandssparkasse)  
 Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	10 217,38	1. Spareinlagen	719 994,25
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheckamt	70 768,50	2. Aufgewertete Spareinlagen	574 739,26
3. Wertpapiere	48 888,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	176 241,12
4. Aufgewertete Wertpapiere	67 297,50	4. Anlehens- und andere Schulden	55 974,—
5. Wechsel	22 919,48	5. Rücklagen	24 666,58
6. Darlehen auf Hypotheken	384 245,10	6. Aufwertungskonto	343 490,73
7. Aufgewertete Hypotheken	196 160,75	7. Reingewinn	11 659,57
8. Grundstückaufgelber	85 937,—		
9. Darlehen in laufender Rechnung	243 020,—		
10. Darlehen auf Schuldschein	85 619,85		
11. Darlehen an Gemeinden	89 111,82		
12. Einnahmerückstände	5 493,18		
13. Grundstücke u. Gebäude	2,—		
14. Gerätschaften	1,—		
15. Aufwertungskonto	597 083,93		
	1 906 765,49		1 906 765,49

**Berechnung der Rücklage.**  
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 8% aus 896 235,37 RM Einlagen = 71 698,07 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 36 286,07 RM  
 Somit wenig = 35 412,— RM  
 Stühlingen, den 17. April 1928. M. 995  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Stoder.  
 Der Geschäftsleiter: Fischer.

**Öffentliche Sparkasse Villingen.**  
 Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	22 002,04	1. Spareinlagen	2 605 930,83
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheckamt	166 597,36	2. Sched- und Kontokorrent-einlagen	525 857,81
3. Wertpapiere	180 750,—	3. Anleihen- und andere Schulden	135 308,57
4. Wechsel	133 472,77	4. Ausgaberrückstände	91 359,18
5. Darlehen auf Hypothek	2 587 399,13	5. Aufwertungskonto	579 488,94
6. Darlehen in laufender Rechnung	769 931,24	6. Rücklage-Reservefonds	151 509,84
7. Darlehen auf Schuldscheine	43 917,88	7. Stückzinsen	1 435,64
8. Darlehen an Gemeinden	186 694,10	8. Reingewinn vom Jahre 1927	60 277,51
9. Lombarddarlehen	413,21	9. Wechsel- und Bürgschaftsverpflichtungen	12 800 RM
10. Einnahmerückstände	18 928,75		
11. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
12. Gerätschaften	1,—		
13. Zinsreste und Stückzinsen	41 054,89		
14. Wechsel und Bürgschaftsverpflichtungen	12 800 RM		
	4 151 163,37		4 151 163,37

**Berechnung der Rücklage.**  
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 8% aus 2 880 196,51 RM Einlagen (Spareinlagen 2 605 930,83) (Schedeinlagen 274 265,63) = 230 415,72 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 211 787,35 RM  
 Fehlender Betrag zur Rücklage = 18 628,37  
 Villingen, den 30. März 1928. M. 996  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Lehmann.  
 Der Geschäftsleiter: gez. Blung.

Hochbauarbeiten zur Herstellung des Aufnahmegebäudes im Bahnhof Mannheim nach der Verbindungsordnung Ausgabe 1926 öffentlich zu vergeben: Grab-, Beton-, Maurerarbeiten, Walzeisenlieferung, Steinhauer- (Granit), Zimmer-, Schmelde-, Blech-, Dachdecker-, Verputzarbeiten, Wägbleitung u. Schindelanschlag. Pläne und Bedingnisheft beim Reichsbahnbauamt Freiburg, Wilhelmstr. 48 II, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke, solange Vorrat reicht. Angebote mit entsprechender Aufschrift, postfrei bis 8. Mai 1928, 16 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. Reichsbahnbauamt Freiburg i. Br. M. 997

Hochbauarbeiten zur Erweiterung der Güterhalle im Bahnhof Seeburg nach der Verbindungsordnung Ausgabe 1926 öffentlich zu vergeben: Erd-, Beton- und Maurerarbeiten, Walzeisenlieferung, Zimmer-, Schmelde-, Blech-, Dachdecker-, Verputzarbeiten, Wägbleitung u. Schindelanschlag. Pläne und Bedingnisheft beim Reichsbahnbauamt Freiburg, Wilhelmstr. 48 II, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke, so lange Vorrat reicht. Angebote mit entsprechender Aufschrift, postfrei bis 2. Mai 1928, 15 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Reichsbahnbauamt Freiburg i. Br. M. 949

Hochbauarbeiten. Die Installationsarbeiten für den Umbau des Aufnahmegebäudes in Mannheim sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925 und nach der Verbindungsordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauabteilung 2 Mannheim, Eingang östlicher Sperreburdengang zur Einsicht auf. Derselbst Abgabe der Leistungsverzeichnisse. Die Vergabe in Losen bleibt vorbehalten. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am Donnerstag, den 3. Mai, 10 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Mannheim, 17. April 1928 Reichsbahnbauamt 2. M. 957

**Badisches Landestheater**  
 Mittwoch, 25. April 1928  
 \* C 23 Th.-Gem. 1301—1350  
 und 2. S.-Gr.  
**Seitenprünge**  
 von Kurt Goetz  
 In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden  
 Die Taube in der Hand  
 Dalkhar Dalen  
 Adolar Zeitgeb  
 Alice Bertam  
 Beatrice Quaiser  
 Der Hund im Hirn  
 Professor v. d. Trend  
 Frau Professor Nietens  
 Littori Brand  
 Johann Prüiter  
 Toby  
 Herr Schulze  
 Frau Müller  
 Bobby Kloeble  
 Toby Göder  
 Stubenmädchen Genter

Minna Magdalena  
 Professor Müller  
 Frau Professor Ziegler  
 Sad Herz  
 Minna Mademacher  
 Anfang 20 Ende 22/  
 I. Rang und I. Sperrfif  
 5 RM  
 Do. 26. April:  
 Das vierte Gebot  
 Fr. 27. April:  
 Die verkaufte Braut